

So stehen wir ratlos vor unlösbaren Problemen! Ratlos? Genossen und Genossen, nun werdet Ihr mir mit Recht Vorhalten: Ihr seid ja gar nicht ratlos, Ihr habt ja jetzt den Wirtschaftsrat. (Heiterkeit.) Und dann werde ich Euch antworten müssen: Ja, den haben wir. Aber gibt uns diese Einrichtung die Gewähr dafür, daß alle die Probleme, die uns so sehr auf den Nägeln brennen, auch wirklich gelöst werden? Man muß selbst bei ganz voraussetzungsloser Betrachtung doch einige Zweifel in das gute Gelingen dieses Werkes setzen. Unsere grundsätzliche Stellung zu dieser Einrichtung ist bekannt, wir vertreten den Standpunkt, daß alle diese Fragen, die der Wirtschaftsrat sich als Aufgabe gestellt hat, nur im gesamtdeutschen Rahmen lösbar sind. Wir würden es deshalb auf das lebhafteste begrüßen, wenn bei der nächsten Außenministerkonferenz in London eine Vereinbarung zustande käme dergestalt, daß die Potsdamer Beschlüsse vom Juli 1945 durchgeführt und jene vorläufigen Verwaltungsabteilungen geschaffen würden, die die Regierungsfunktionen solange übernehmen, bis ein gesamtdeutsches Parlament mit dem Sitz in Berlin besteht, das ordnungsgemäß eine deutsche Regierung einsetzt.

Der Frankfurter Wirtschaftsrat, als eine bizonale Einrichtung, nimmt die Entscheidung über das gesamtdeutsche Schicksal vorweg, was man im Interesse des guten Gelingens der Londoner Konferenz nur bedauern kann, er ist zugleich auch Ausdrucksform der privatkapitalistischen Wirtschaft — die ja der ideologische Ausgangspunkt der Schöpfer dieser Einrichtung ist — und greift damit auch politisch einer Entscheidung vor, die einzig und allein nur in die Hände des deutschen Volkes selbst gelegt werden kann.

Die deutschen bürgerlichen Parteien der westlichen Besatzungszonen sind allerdings anderer Meinung als wir. Sie sehen im Frankfurter Wirtschaftsrat das Instrument zur Rettung des bürgerlichkapitalistischen Deutschlands, sie haben ihre Koalitionspartner, die Sozialdemokraten, bei der Wahl der Wirtschaftsdirektoren ausgeschaltet und werden mit Hilfe dieses Rates den großangelegten Versuch machen, die Wirtschaft der westlichen Besatzungszonen rein kapitalistisch auszurichten, um dem amerikanischen Monopolkapitalismus den Anreiz zu großen Kapitalinvestitionen zu bieten, wobei sie selbstverständlich auch die politischen Forderungen, die von dieser Seite aus gestellt werden, voll zu erfüllen bereit sind.

Daß hier für die Entwicklung der deutschen Selbständigkeit und der deutschen Demokratie Gefahrenquellen erster Ordnung sich auf-tun, versteht sich von selbst, wie man überhaupt dem Frankfurter